

Arbeitsgemeinschaft Deutscher
Familienorganisationen in Bayern

AGF

Vorsitz und Federführung 2023:
Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
in Bayern e. V. (eaf bayern)
Frau Sandra Schuhmann
www.eaf-bayern.de

Deutscher Familienverband (DFV)
Evangelische Aktionsgemeinschaft für
Familienfragen in Bayern e.V. (eaf)
Familienbund der Katholiken (FDK)
Federführend 2023: eaf bayern

Positionspapier der AGF Bayern zum zweiten bayerischen Familiengipfel

am 12.06.2023

Zu den Themen:

Bildung und Betreuung sowie psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen – Keine Einsparungen zu Lasten der Familien

Einleitung:

(Frau Sandra Schuhmann, eaf bayern, Vorsitz AGF 2023)

Familien leisten einen enormen gesellschaftlichen Beitrag. Mit ihren Werthaltungen und Überzeugungen prägen sie die Zukunft unserer Gesellschaft. Im Grundgesetz ist die „Pflege und Erziehung der Kinder als das natürliche Recht der Eltern“ und die ihnen „zuvörderst obliegende Pflicht“ geregelt. Hierbei gilt, dass die Familie unter dem Schutz des Staates steht und dieser Bedingungen schaffen muss, damit es eine Chancengleichheit für ALLE Familien gibt.

Trotz unterschiedlicher Lebensbedingungen und Voraussetzungen sollten die vorgesehenen staatlichen Familienleistungen dafür sorgen, dass alle Familien die gleichen Zugänge zu Bildung und Betreuung ihrer Kinder erhalten und sich ihnen eine echte Wahlfreiheit in Bezug auf Erwerbsfreiheit eröffnet, die Chancengleichheit garantiert. Diese Chancengleichheit zu fördern und zu unterstützen ist das Anliegen unserer Verbände im Einzelnen, aber vor allem im Zusammenschluss der AGF.

1. Chancengleichheit / Inklusion und Integration

(vortragender Verband: FDK)

Elternrecht und Elternverantwortung sind unabdingbares Fundament von Erziehung und Bildung. So hängen Bildungserfolg und Lebenschancen immer noch maßgeblich von der familiären Situation ab. Die Eltern als originäre Erziehungsberechtigte einerseits und institutionelle Betreuungs- und Bildungseinrichtungen andererseits können deshalb nur partnerschaftlich und in gemeinsamer Verantwortung das Ziel der Bildungs- und Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche erfüllen. Dem zugrunde liegt die Wahlfreiheit der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder, die Berufsausübung bzw. die Verbindung beider Aufgaben. Familien wünschen qualitativ hochwertige Bildungsangebote unabhängig von der Herkunft oder der finanziellen Situation der Eltern. Das umfasst auch die Möglichkeit zur Teilhabe an außerschulischen Veranstaltungen und den sicheren Zugang zu Lehr- und Lernmaterial.

Angesichts zahlreicher Herausforderungen, denen sich die Familien gegenübersehen, sind als Basis für ein gesundes Aufwachsen auch präventive Angebote notwendig: Diese müssen finanziell auskömmlich ausgestattet werden. Die Ausgangslage für Bildung ist nicht für alle Kinder gleich und der Zutritt zu Bildungszugängen differenziert sich stark durch Sprachbarrieren, gesellschaftliche Benachteiligung, rechtlich kodifizierte Barrieren (Übergangsklassen für Geflüchtete). Ungleiche Bildungszugänge nach sozialökonomischer Lage müssen von der Politik ausgeglichen werden, indem Bildungschancen für alle ausgebaut werden.

Inklusion und Integration bedingen das ganzheitliche Verständnis der Bildungsteilhabe und den Schutz von verletzlichen Gruppen. Der demographische Wandel Bayerns zeigt eine Bevölkerungszunahme bis 2041 insbesondere durch Wanderungsgewinne aus dem Ausland. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird zunehmen. Für Kitas und Schulen steigen damit die Herausforderungen, jedem Kind den nach Art. 3 Abs 3 GG genannten Schutz vor Benachteiligung aufgrund ethnischer und sozialer Herkunft oder Behinderung zu gewährleisten und pädagogisch und strukturell umzusetzen.

Wir fordern:

- **Maßnahmen zur Förderung der echten Wahlfreiheit** von Familien durch Verbesserung der finanziellen Absicherung der Familien sowie bessere Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Kinderbetreuung.
- **Strukturelle flächendeckende Angebote zur Sprachförderung** in Schulen und außerschulischen Bildungs- und Beratungseinrichtungen, für geflüchtete Menschen ebenso wie für Menschen mit Migrationshintergrund, sowie für Kinder mit anderen Sprachbarrieren und für bildungsferne Familien (alltagsintegrierte Sprachförderung).
- Den **Ausbau von multiprofessionellen Teams** in den Schulen sowie flächendeckende **Angebote zur Vorbereitung auf die Schule** (Sprachmittler).

2. Institutionelle niederschwellige Angebote im Rahmen der Familien- und Erwachsenenbildung

(vortragender Verband: eaf)

Um möglichst vielen Familien Zugang zu den niederschweligen Angeboten der Familien- und Erwachsenenbildung zu ermöglichen und ihnen damit eine „qualifizierte Familienzeit“ zu verschaffen müssen diese Angebote ausgebaut und finanziell auskömmlich ausgestattet werden.

Die Prämissen aus dem „Rahmenkonzept für professionelle Familienbildung der bayerischen Familienbildungsstätten“ müssen umgesetzt und auch kommunal mit einem ausreichenden finanziellen Budget ausgestattet werden.

Wir fordern:

- Den **Ausbau von Familienbildungseinrichtungen** sowie **Familienstützpunkten** als niederschwellige Zugänge für Familien in allen Lebenslagen, um die Bildungsmöglichkeiten in den Familien zu erweitern, z.B. im Rahmen der Gesundheitsbildung und zur Förderung der Erziehungskompetenz als präventives Angebot u.a. auch durch offene Gruppen, fachlich begleiteter Cafés, Kurse, Exkursionen, aufsuchende Angebote.
- Die **bürokratischen Hürden** für die Anbieter dieser Angebote bei der Antragstellung und dem Nachweis von Projektgeldern müssen **abgebaut werden**; beispielsweise müssen Träger für die **Leistung von Eigenmitteln** auch auf Sachmittel und den Einsatz von Ehrenamtsarbeit zurückgreifen dürfen.
- **Kostenfreie Freizeit- Bildungs- und Kulturangebote für Familien** an Sonntagen (z.B. Museen, Theater, Schwimmbäder, Tierparks, etc.).

3. Frühkindliche Bildung und Kita

(vortragender Verband: FDK)

Frühkindliche Bildung beginnt in der Familie. Eltern brauchen daher Zeit für die Familie, denn Bindung ist die Voraussetzung für Bildung. Der Fokus auf die frühkindliche Bildung muss weiter verstärkt werden. Wir brauchen eine neue Zeitpolitik für Familien, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwer zu verwirklichen ist.

Qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Angebote in den Kitas spielen eine wesentliche Rolle, um die Chancengleichheit auf eine gute Bildung zu erhöhen, denn immer noch gilt, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten und Kinder aus Migrationsfamilien insbesondere durch sprachliche Barrieren oft keine vergleichbaren Startbedingungen haben. Der Bedarf an Fachpersonal wächst, der Fachkräftemangel nimmt zu, gleichzeitig steigen die fachlichen Anforderungen an das Personal. Hierbei muss neben der finanziellen Attraktivität dieses Berufsfeldes auch die Ausbildungsstruktur in den Blick genommen werden.

Familien brauchen verlässliche und an ihre Bedürfnisse angepasste Öffnungs- und Betreuungszeiten, um dem Bedürfnis oder der Notwendigkeit einer Berufstätigkeit nachgehen zu können.

Wir fordern:

- **Maßnahmen zur Förderung der echten Wahlfreiheit** von Familien durch Verbesserung der finanziellen Absicherung der Familien.
- Eine **Flexibilisierung der Betreuungszeiten** und eine echte Wahlfreiheit bei der Ortswahl. (Gastkindregelung).
- Dem **bestehenden Fachkräftemangel im Kita-Bereich** muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln **entgegengewirkt werden**; u.a. indem die **Attraktivität des Berufsfeldes** gestärkt sowie die **Aus-Fort- und Weiterbildung gefördert** wird.
- Vorschlag: **drei Säulen der Qualifizierung**:
 - a) Ausreichend Studienplätze an Universitäten und Hochschulen
 - b) Attraktive Ausbildungen an Fachakademien und Berufsfachschulen
 - c) Staatlich geförderte Weiterbildungsmaßnahmen für Quereinsteiger:innenEs sind alle Qualifizierungssäulen auf Attraktivität, Passung und Durchlässigkeit zu prüfen.
- Einen **Realitätscheck der aktuellen Ausbildungsstrukturen** der Fachkräfteausbildung: Nach Einführung der verkürzten Ausbildungszeit an den Fachakademien werden dort nun keine Zweitkräfte (Kinderpfleger:innen) mehr ausgebildet.
- **Wir fordern mehr Nachqualifizierung für mehr Quereinsteiger:innen** in die Erziehungsberufe und eine verlässliche Prüfung der Eignung und Befähigung für diese Berufe.

4. Schulbildung

(vortragender Verband: DFV)

Alle Kinder haben ein Recht auf fachlich fundierte und kontinuierliche Bildung und Betreuung in der Schule. Das Problem des Lehrermangels ist lange bekannt und schreitet massiv fort, sodass dieses Recht der Kinder bereits gefährdet ist. Die Vielschichtigkeit der Hintergründe erschwert eine schnelle Lösung dieses Notstandes. Um allen Kindern ihr festgeschriebenes Recht auf Bildung zu erhalten, muss das System Schule auf allen Ebenen massiv und nachhaltig unterstützt und zukunftsfähig weiterentwickelt werden.

Wir fordern:

- **Investitionen in die Schulgebäude und -gelände**, um attraktive Lernorte zu schaffen. Um eine angemessene und gute Lernatmosphäre zu ermöglichen müssen die entsprechenden Räumlichkeiten und digitalen Möglichkeiten geschaffen, erhalten und auf den neuesten Stand gebracht werden. (Zum Beispiel: angemessene Turnhallenausstattungen, ansprechende Gestaltung der Pausenhöfe, bedarfsgerechte Ganztagsräume).
- **Attraktivere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen** für Lehrkräfte, durch die Förderung von Akzeptanz und Rückhalt für Lehrkräfte im schulischen wie gesellschaftlichen Kontext; die Versetzungsmöglichkeit von Lehrkräften durch das Kultusministerium muss in einem frühzeitig kommunizierten Rahmen erfolgen (Wohnraumfindung).
- Den **Ausbau der Schulsozialarbeit sowie der Jugendsozialarbeit an Schulen bzw. an allen Schulformen**, um Benachteiligungen auszugleichen und den Sozialkompetenzerwerb der Schülerinnen und Schüler qualitativ und quantitativ zu fördern und zu unterstützen + Ausbau der Zusammenarbeit mit außerschulischen Bildungsakteuren (z.B. Erwachsenenbildung) für

ein vielseitiges Lern- und Erfahrungsangebot ohne Leistungsdruck und verstärkte Zusammenarbeit mit Eltern.

- Im Bedarfsfall muss auf **ausreichend vorhandene psycho-therapeutische Angebote** im sozialen Nahraum zurückgegriffen werden können.
- Neben dem geplanten Rechtsanspruch auf **Ganztagsbildung- und Betreuung** muss eine **bedarfsgerechte finanzielle Ausstattung** aller Ebenen für eine kindgerechte Ganztagsbildung und -betreuung zur Verfügung stehen (der Rechtsanspruch alleine ist nicht ausreichend).
- Die **Qualität der Ganztagsbetreuung** an Schulen muss durch **ausreichend qualifiziertes Fachpersonal** gesichert werden.

5. Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

(vortragender Verband: eaf)

Studien belegen, dass psychische Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter in der Zeit der Covid-19-Pandemie zugenommen haben. Mehr denn je ist der Ausbau von Fachambulanzen und Kliniken für Kinder- und Jugendpsychiatrie notwendig. Hier bedarf es niederschwelliger Zugänge und einer gelingenden Informationspolitik.

Wir fordern:

- Eine enge **thematische Vernetzung und Zusammenarbeit der zuständigen bayerischen Ministerien**, um die betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie deren Familien systematisch unterstützen zu können.
- **Informationen über Hilfen und Unterstützungsangebote** müssen den betroffenen Kindern und Jugendlichen wie auch den Familien niederschwellig und auf Plattformen zur Verfügung gestellt werden, die diese sicher erreichen.
- **Präventive Angebote**, wie z.B. Frühe Hilfen (Kokis) müssen ausgebaut und mit einem zielgerichteten Aufgabenportfolio ausgestattet werden. Dabei gilt es auch bereits bestehende Angebote in den Familien, wie z.B. die Familienpflege auszubauen und aufsuchende Angebote flächendeckend zu etablieren.
- Die **Ausbildung von Fachkräften für Kinder- und Jugendpsychiatrie**, namentlich Ärzten und Therapeuten muss priorisiert und das Angebot **flächendeckend verstärkt** werden.
- **Lehrkräfte und pädagogisches Personal** muss **aus- und fortgebildet** werden, damit innerfamiliäre Missstände von betroffenen Kindern und Jugendlichen oder psychische Problemlagen bereits in der Kita oder in der Schule erkannt werden können.
- Den **quantitativen, wie qualitativen Ausbau der Stellen von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen** an allen Schularten analog zur Schulsozialarbeit oder Jugendsozialarbeit an Schulen.